

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltige Zeitspalte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinskonzessionen 25 Pf. Inserate müssen bis frühestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 171.

Dresden, Dienstag den 28. Juli 1914.

25. Jahrg.

Heraus zum Protest! Hinein in die Massenversammlungen!

Sangen und Bangen.

Die serbische Antwort. — Oesterreich überschreitet die serbische Grenze. — Englands Friedensbemühungen. — Suravandalen. — Die Internationale gegen den Krieg.

In diesem Augenblick furchtbarer Spannung verdienen drei Tatsachen schärfste Beachtung. Serbien ist in seiner Antwortnote Oesterreich viel weiter entgegengekommen, als irgendein Politiker in der ganzen Welt für denkbar gehalten hätte. Oesterreich hat trotzdem auf diese Antwort hin die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, es hat aber die militärischen Operationen nicht sofort eröffnet. Es hat sich scheinbar nicht einmal des Stromüberganges nach Belgrad rechtzeitig versichert und hat den gefangen genommenen serbischen Generalstabchef wieder freigelassen. Die Pause vor dem Beginn des weltgeschichtlichen Dramas ist zu diplomatischen Verhandlungen benutzt worden, wobei die Bünde einer englisch-serbischen und einer deutsch-französischen Kooperation zur Erhaltung des Friedens deutlich hervor treten.

Wir glauben, bestimmten Grund zur Annahme zu haben, daß die deutsche Regierung wenigstens zur Stunde noch ehrlich bestrebt ist, den Frieden zu erhalten. In diesem Ziel begegnet sie sich mit den Wünschen der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes, die sich durch nützlichen Straßenbau der reaktionären Kriegshetze nicht beirren läßt. Es ist aber zu befürchten, daß sie durch Ueberspannung des Bündnisgedankens einen verhängnisvollen Fehler begeht. Daß die deutsche Regierung die wahnsinnige Wiener Politik innerlich billigt, ist nicht anzunehmen, sie glaubt sich aber verpflichtet, in der Unternehmung Oesterreichs bis hart an die Grenze des Möglichen zu gehen. Wehe, wenn sie diese Grenzen überschreitet, wenn sie der Wiener Prestigepolitik die Interessen des deutschen Volkes und ganz Europas opfert!

Der Versuch, ein deutsch-französisches Einvernehmen zu erzielen, entspricht völlig den Anschauungen, die hier schon dargestellt worden sind. Er wird aber nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sich Frankreich und Deutschland ihrer staatlichen Selbständigkeit bewußt bleiben, wenn sie sich nicht von den Bonapartisten und den Schwärzern ins Schlepptau nehmen lassen. Könnte man für einen Augenblick vergessen, daß es sich um Millionen Menschenleben, daß es sich um das Schicksal der ganzen europäischen Menschheit handelt, so könnte man lachen über die postenhafte Komik der Situation, die sich zwischen Deutschland und Frankreich ergeben hat. Da sitzt Herr Viviani, der stellvertretende Ministerpräsident, in seinem Arbeitszimmer: ein Mann von hoher Kultur und sicher kein Deutschensprecher, und ihm gegenüber sitzt freundschaftlich der deutsche Botschafter, Freiherr v. Schoen, der als ein begeisterter Franzosenfreund bekannt ist und der sich glücklich schätzt, als Vertreter Deutschlands im glänzenden Paris leben zu dürfen. Beide überlegen in harmonischer Kameradschaft, was zu tun ist, um den drohenden Schrecken Halt zu gebieten — und hinter ihnen beiden stehen ihre Regierungen, sehen die ungeheuren Massen der beiden Völker, die in Frieden miteinander leben wollen.

Und diese fast schäferhaft idyllische Szene soll morgen vielleicht wildem Schlachtgetöse weichen? Frankreich und Deutschland sollen einander an die Gurgel springen, weil Rußland bestiehlt und Oesterreich gebeut! Keiner von beiden will das Entsetzliche, aber mit dem Strich ihrer Bündnispflichten um den Hals sollen die beiden unglücklichen Opfer zur Schlachtbank geschleift werden. Und das wollen Großmächte sein? Das ist die Rolle, die die beiden größten Kulturvölker des europäischen Kontinents in der Weltgeschichte zu spielen berufen sind?

Nein, die Pflichten des ungeschriebenen Bundes der Vernunft und Menschlichkeit stehen tausendmal höher als die zu Eohn und Abertum gewordenen geschriebenen Bündnispflichten des Dreiverbandes, des Dreiverbandes und aller sonstigen Bündnisverträge der Welt. Frankreich macht sich lächerlich, wenn es sich zum Gohund des Jaren erniedrigt, Deutschland gibt seine Würde und seine Stellung als selbständige Macht auf, wenn es auf Geheiß der Wiener Vergewaltigungspolitik mit geschlossenen Augen in den Abgrund springt.

Gelingt es nicht, die serbisch-österreichische Krise zu einer raschen Lösung zu bringen, kommt es darüber zum Weltkrieg, so werden alle Regierungen der beteiligten Staaten ein vollgestülpter Wagnis der Schuld daran tragen. Mit Grauen und Schrecken müssen sie alle an das Gericht denken, das dann über sie hereinbricht.

Serbien gibt nach — Oesterreich will Krieg!

Eine der wichtigsten Fragen des Augenblicks hat noch keine erschöpfende Antwort gefunden. Die serbische Note vom 25. Juli ist noch nicht in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht worden. Warum hat man diesen Wortlaut nicht sofort der Öffentlichkeit mitgeteilt? Wie es scheint, nur darum nicht, weil man von dem Bekanntwerden der Note einen Umschlag der Stimmung zuungunsten Oesterreichs befürchtete.

Jetzt scheidet aber langsam die Wahrheit durch. 48 Stunden nach Ueberreichung der serbischen Note teilten einige Berliner Abendblätter zwar nicht ihren Wortlaut, aber doch ihren Hauptinhalt mit. Daraus geht hervor, daß sich Serbien in der Hauptsache unterworfen hat und daß nur noch zwei Punkte einer weiteren Verhandlung bedürften, um gleichfalls ins Reine gebracht zu werden. Das ist der Abdruck des famosen vorgeschriebenen Zeitungsartikels und die Mitwirkung der österreichischen Behörden an der Unterdrückung österreichischer Umrufe in Serbien. In allen anderen Punkten hat

Serbien nachgegeben!

In der serbischen Antwortnote heißt es: Die königliche Regierung hat gelegentlich der Lösung einer ganzen Serie von Fragen, die zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn entstanden sind, großes Entgegenkommen gezeigt, und es ist ihr gelungen, auch die größte Zahl der Fragen zu regeln zum Nutzen der beiden Nachbarländer. Deshalb ist die königliche Regierung peinlich überrascht durch die Behauptung, daß gewisse Personen des Königreichs Serbien an den Vorereignissen des Attentats, das in Serajewo begangen wurde, teilgenommen hätten. Die königliche Regierung hoffte, sie würde aufgefordert werden, mitzuwirken an allem, was zur Ermittlung dieses Verbrechens dienen könnte, und war

bereit, durch Taten ihre korrekte Haltung zu zeigen

und gegen alle Personen einzuschreiten, bezüglich deren man der serbischen Regierung Mitteilung dieser Art gemacht hätte.

Indem die königlich serbische Regierung dem Wunsche der O. und U. österreichisch-ungarischen Regierung Rechnung trägt, ist die königliche Regierung geneigt

jeden serbischen Untertan ohne Rücksicht auf seine Stellung und Rang dem Gericht auszuliefern, für den die Beweise der Mittäterschaft an dem Attentat in Serajewo erbracht wären.

Die serbische Regierung verpflichtet sich ferner, eine diesbezügliche Erklärung im Amtsblatt abzugeben, und gibt den Wortlaut dieser Erklärung auch in der Antwortnote an. Der Hauptpunkt dieser Erklärung ist, daß

die serbische Regierung jede Propaganda verurteilt, die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet ist.

Auch in den übrigen Punkten glaubt die serbische Note den Anforderungen der österreichischen Wünsche vollkommen gerecht zu werden. So wird ausdrücklich erklärt, daß die serbische Regierung nach Ueberreichung der österreichischen Note den in dieser genannten

Major Tankosic, der der Mittäterschaft an dem Serajewoer Attentat verdächtigt wurde, sofort habe verhaften lassen.

Der gleichfalls in der Note genannte angebliche Eisenbahnbeamte Eganovic hat nicht verhaftet werden können, da er sich der Behörde durch die Flucht entzogen habe. Eganovic, der nicht serbischer, sondern österreichisch-ungarischer Untertan ist, sei nicht Beamter der königlichen Staatsbahn gewesen, sondern habe nur eine Anstellung als Hilfsarbeiter dort gefunden. Sein Aufenthalt sei nicht zu ermitteln.

Die österreichische Regierung hat den Text dieser Note unterdrückt und eine gefälschte Mitteilung über ihren Inhalt ergehen lassen, in der gesagt wird:

Diese Note beabsichtigt den falschen Schein zu erwecken, als ob (!) die serbische Regierung die von Oesterreich-Ungarn gestellten Forderungen im weitesten Maße zu erfüllen bereit wäre. In Wirklichkeit ist aber die Note von einem Geiste der Unaufrichtigkeit erfüllt, der klar erkennen läßt, daß es der serbischen Regierung nicht ernstlich darum zu tun ist, der sträflichen Duldung ein Ende zu bereiten, die sie bisher den Untertanen gegen die Monarchie zuteil werden ließ. . . . Ebenso kommen die Aussagen zur Bekämpfung der austrofeindlichen Presse einer Absehung (!) gleich.

Oesterreich hat von Serbien Unmögliches gefordert. Serbien erklärt sich bereit, selbst das Unmögliche zu tun. Aber Oesterreich will nicht die von Serbien angebotene friedliche Unterwerfung, sondern es will den Krieg mit Serbien, es will damit Deutschland in einen Weltkrieg hineinziehen. So liegen die Dinge in Wirklichkeit.

